Nr. 53 2. Ausgabe

Sonntag, 23. Februar 1919

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13528, 13638, 13897, 17109. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreis
Die einspaltige Nonpareillezeile kostet für Dresden und Vororte 25 Pf., für auswärts 40 Pf., die zweispaltige Reklamezeile M 1.50, mit Platzvorschrift M 2.—. Bei Ziffer- oder Nachweisung 50 % Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Jahresaufträgen Ermäßigung nach besonderen Sätzen. Briefgebühr 20 Pf. Auf diese Preise werden 20 % Teuerungszuschlag berechnet. Anzeigen von auswärts nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Annahme und Abholung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsere Drucksachen und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Anzeigen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unsern Tarifsätzen an.

Bezugspreis
Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 1.40, vierteljährlich M. 4.20.
Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. M 1.40, vierteljährl. M 4.20
„ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 1.55, „ „ 4.65
In Oesterreich-Ungarn:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. Kr. 2.52, vierteljährl. Kr. 6.96
„ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 2.69, „ „ 7.47
Nach d. Auslande in Kreuzb. möglich. M 1.10. Einz.-Nummer 10 Pf.

Die Lage in Bayern

Infolge der Wirren in München und der Unmöglichkeit, die zum Teil auf Umwegen eingehenden, einander widersprechenden Meldungen nachzuprüfen, ergibt sich auch jetzt noch kein klares Bild der Lage. Während nach Berliner Blättermeldungen Minister Auer am Sonnabend seinen Verletzungen erlegen sein soll, geht uns von andrer Seite die Nachricht zu, daß Auer am Sonnabend mittag noch gelebt hat. Allerdings liegt leider Grund genug zu schlimmsten Befürchtungen vor.

Die Korrespondenz Hoffmann, die allerdings nicht als frei gelten kann, veröffentlicht folgende Darstellung:

× **München, 22. Februar.** Nach einer amtlichen Mitteilung der Korrespondenz Hoffmann entbehrt die Nachricht, daß in München der Bürgerkrieg ausgebrochen sei, jeder Grundlage. Die Münchner Zeitungen sind vorläufig besetzt, um Demolierungen zu verhüten, bis die Regierung über weiteres beschließt. Die Münchner Arbeiterschaft hat einen dreitägigen Generalstreik verkündet, verhält sich aber vollständig ruhig und wird am Montag die Arbeit wieder aufnehmen. Auf Plünderungen ist Todesstrafe gesetzt. Alle Banken und Hotels werden von der republikanischen Schutzwache zu ihrer Sicherheit bewacht. Heute vormittag 11 Uhr fand eine gemeinsame Sitzung des neugebildeten Zentralvollzugsrates mit dem Ministerrate statt, in der über die Neubildung der Regierung verhandelt werden soll. Die Bevölkerung ist infolge der letzten Ereignisse sehr erregt. Es fanden große Versammlungen statt, doch kam es nirgends zu Ausschreitungen oder Gewalttaten. Alle derartigen Meldungen sind erfunden. Die Beisetzung Eisners findet am Mittwoch vormittag 10 Uhr statt.

Dagegen sind nach Weimarer Meldungen

demokratische Abgeordnete von den Kommunisten verhaftet worden:

* **Weimar, 22. Februar.** Nach heute in Weimar eingegangenen Meldungen sind in München zahlreiche demokratische Abgeordnete, darunter auch Mitglieder der Nationalversammlung, unter ihnen in erster Linie Prof. Dr. Quidde, von der kommunistischen Regierung verhaftet worden. Die deutsche demokratische Fraktion hat infolgedessen heute mittag in einer Sitzung sofortigen feierlichen Protest bei der Reichsregierung gegen die Verletzung der Immunität eingelegt.

Aus unterrichteten Kreisen der Reichsregierung erfährt das „B. T." zu den Vorgängen in München: Die Nachricht von der Bildung einer Regierung, an der sich die Schriftsteller Mühsam, Lewiné und Landauer beteiligt hätten, bestätigt sich nicht. Der Belagerungszustand dauert bis Montag früh. Demonstrationen sind untersagt. In der Stadt herrscht großer Verkehr. Es sind außerordentlich scharfe Befehle erlassen. Der Postverkehr ist sehr unregelmäßig, jedoch gehen seit heute morgen wieder Züge ab. Von den Gewerkschaften ist ein dreitägiger Generalstreik verkündet. In der Nacht wurde in den Vorstädten viel geschossen, auch kamen Plünderungen vor. So wurde u. a. das Haus des Grafen Moy ausgeplündert. Die Gewalt ist in den Händen des A.- und S.-Rates. Der A.- und S.-Rat hat die Waffenausgabe an die Arbeiter angeordnet. Bezeichnend ist, daß bei keiner Bekanntmachung der Bauernrat unterzeichnet ist. Die Truppen haben sich hinter die Regierung gestellt. Von dem Rumpfministerium des Landesparlaments hört man nichts. An der Stelle, an der Eisner ermordet ist, ist aus Gewehrpyramiden ein Denkmal errichtet, das von Soldaten bewacht wird.

Wie die „Voss. Ztg." erfährt, befindet sich Minister Timm am Leben und der Kriegsminister Roßhaupter ist weder tot noch in den Händen der Spartakiden, sondern inmitten der regierungstreuen Truppen. Die öffentlichen Gebäude der Hauptstadt scheinen, wie das genannte Berliner Blatt weiter meldet, samt und sonders in den Händen der bewaffneten Spartakiden zu sein. Die Truppen der Münchner Garnison seien auf die Seite von Spartakus übergetreten oder auf alle Fälle so unzuverlässig, daß man mit ihrer Hilfe zur Wiederherstellung der Ordnung nicht rechnen könne. Dagegen sollen in den übrigen bayrischen Städten und auch noch in der Umgebung von München regierungstreue Truppen zur Verfügung stehen. Bei den gestrigen Unruhen ist u. a. (immer nach dieser Berliner Meldung) das Palais des Prinzen Leopold in München-Schwabing gestürmt und völlig ausgeplündert worden. Das genannte Blatt teilt weiterhin mit: „Neuerdings verbreitete Gerüchte über bevorstehende Unruhen in Berlin, die mit dem Aufruhr im Ruhr-Gebiet und in München in Verbindung gebracht werden, haben das Oberkommando der Regierungstruppen in und um Berlin veranlaßt, vorbereitende Maßnahmen zu treffen. Für die Bevölkerung von Berlin liegt kein Grund zur Beunruhigung vor."

Nach einem weiteren Bericht des WTB. kam es bei den Ausschreitungen in Augsburg zu schweren Plünderungen und Gewaltakten. Die Menge zog nach dem Rathause und dem Kaufhause Landauer, welches geplündert wurde. Auch im Zentrum der Stadt ereilte eine Reihe andrer Geschäfte das gleiche Schicksal. Aus dem Strafvollstreckungsgefängnis wurden die Gefangenen befreit und die dortigen Akten vernichtet. Die Menge zog dann nach der Kreisregierung. Dort schoß eine Polizeiabteilung auf die Menge. Chevaulegers und Matrosen säuberten wiederholt die Straßen und gaben Salven auf die Menge ab. Die Zahl der Toten und Verwundeten steht noch nicht fest. Ueber Augsburg wurde der Belagerungszustand verhängt.

*

Scharfes Vorgehen des A.- und S.-Rates in Augsburg

× **Augsburg, 22. Februar.** Ueber die Vorgänge am gestrigen Tage und während der Nacht veröffentlicht der Arbeiter- und Soldatenrat folgenden kurzen Bericht: Die Ereignisse begannen mit einer Kundgebung gegen die „Neue Augsburger Zeitung", sodann gegen die „Augsburger Nachrichten". Der Mob, der die Gelegenheit zum Plündern witterte, strömte dabei zusammen. Die Plünderer begaben sich in einem sich fortwährend vergrößernden Zug zur Wohnung des Oberbürgermeisters, demonstrierten hier und zertrümmerten die großen Fensterscheiben am Hotel „Drei Mohren". Sie zogen dann wieder rathauswärts und teilten sich in mehrere Gruppen. Teile von diesen zertrümmerten die Schaufenster des Warenhauses Landauer und einer Reihe andrer Geschäfte. Ein Teil zog nach dem Dom, drang in das bischöfliche Palais ein, leerte das Gefängnis, drang in den Justizpalast und schloß sich den Plünderern an. Ein andrer Teil versuchte, in den Besitz von Waffen und Munition zu gelangen. Kleinere Trupps von zum Rathause und zum A.- und S.-Rat eilenden Soldaten wurden von ihnen entwaffnet. Schließlich drang ein Teil in das Artilleriedepot ein und bemächtigte sich einiger Maschinengewehre, Gewehre und Revolver. Auch ein Lastkraftwagen fiel in ihre Hände, mit dem sie sich im Pulvermagazin Munition verschafften. Die Wachen haben sich nicht bewährt. Inzwischen war ein kräftiger militärischer Schutz organisiert worden. Es gelang, die bewaffnete Menge, nachdem sie auch noch den Bahnhof zu nehmen versucht hatte, zu zerstreuen. Eine große Anzahl Plünderer und Bewaffneter wurde festgenommen. Gegen 3 Uhr morgens trat wieder Ruhe ein. Vom A.- und S.-Rat tagt ein ständiges Revolutionsgericht. Die Plünderer werden sofort nach Aburteilung durch das Revolutionsgericht erschossen. Die Truppen bleiben, soweit sie nicht Wach- oder Patrouillendienst tun, in den Kasernen konsigniert. Alle Gasthäuser und Cafés müssen um 7 Uhr schließen. Von diesem Zeitpunkte an bis morgens dürfen nur Personen mit Ausweisen die Straßen betreten. Die Zeitungen stehen unter Vorzensur.

× **Augsburg, 22. Februar.** Die Zahl der Teilnehmer an der gestrigen Kundgebung auf dem großen Exerzierplatz betrug etwa 20 000. Es wurde von sechs Tribünen gesprochen. Sämtliche Redner wiesen darauf hin, daß es eine politische Torheit gewesen wäre, wenn die Reaktion jetzt den Zeitpunkt für gekommen erachtet haben sollte, eine Gegenrevolution zu entfesseln, deren notwendige Folge der Terror sei. Die Redner teilten mit, daß in München die sozialistische Räterepublik ausgerufen worden sei. Die Ereignisse hätten gezeigt, daß von einer völligen Sicherung der Revolution nicht gesprochen werden könne. Während der Ausschreitungen in der vergangenen Nacht wurden insgesamt sechs Personen getötet und 30 Verhaftungen vorgenommen.

Im Ruhr-Gebiet

× **Münster, 22. Februar.** Das Generalkommando teilt mit: Die gestrige Sitzung der A.- und S.-Räte des Industriegebietes hat die Waffenstillstandsbedingungen des Generalkommandos angenommen, dessen wesentliche Punkte sind: Einstellung des Generalstreiks, Waffenabgabe, ungehinderte Arbeit der Militär- und Zivilbehörden sowie Pressefreiheit. Es bleibt abzuwarten, ob und inwieweit Spartakus besonders auch in Düsseldorf diese Bedingungen erfüllt. Die Regierungstruppen stehen jedenfalls bereit, in das Industriegebiet einzumarschieren, falls die Bedingungen nicht restlos durchgeführt werden. Die Regierung ist fest entschlossen, nicht auf halbem Wege stehenzubleiben, sondern unter allen Umständen im Industriegebiet auch für die Zukunft Ordnung zu schaffen.

*

Schießereien bei Bochum

× **Bochum, 22. Februar.** Auf der Zeche Engelsburg wurde die Belegschaft von einer bewaffneten Bande gewaltsam an der Arbeit verhindert. Dabei wurden zwei Mann der Belegschaft erschossen. Die Verwaltung und der Arbeiterausschuß der Zeche haben den Reichspräsidenten telegraphisch um Schutz ersucht. Darauf ist folgende Antwort eingegangen: „Der Reichswehrminister ist ersucht worden, sofort Maßnahmen zum Schutze der Ordnung auf der dortigen Zeche zu treffen."

*

Arbeitseinstellung wegen Kohlenmangels

× **Hamburg, 22. Februar.** Auf der Werft von Blohm u. Voß müssen bis auf weiteres 8000 bis 9000 Arbeiter wegen Kohlenmangels feiern.

Ein Schuß auf Oberst Reinhardt

Zu schweren Ausschreitungen kam es, wie aus Berlin gemeldet wird, in der vergangenen Nacht in der Brunnenstraße. In den Prachtsälen „Alt-Berlin" veranstalteten die Reinhardt-Truppen einen Ball, dem auch der Kommandeur Oberst Reinhardt beiwohnte. Auf ihn wurde, als er im Auto wieder fortfahren wollte, ein Schuß abgegeben. Die Kugel fuhr dem Wagenführer am Kopf vorbei und zerschlug die Fensterscheibe. Auf telephonischen Anruf kamen in Lastautos Hilfsmannschaften der Reinhardt-Truppen und der republikanischen Soldatenwehr, die die Demonstranten auseinanderjagten und Ordnung schafften.

Die spartakidischen Aufstände

Unterredung mit Reichswehrminister Noske

Von unserm Weimarer Sonderberichterstatter
G. Weimer, 22. Februar

Die Zuspitzung der neuen Spartakus-Krise, die Scheidemann gestern in seiner Rede vor der Nationalversammlung sehr ernst beurteilte, gab mir Veranlassung, die Ansichten des Reichswehrministers Noske über die augenblickliche Lage im Ruhrgebiet, in Braunschweig, Gotha und München einzuholen. Auf Grund der neuesten Informationen aus dem Ruhrgebiet glaubt Reichswehrminister Noske auf eine Beendigung des Streiks Anfang der kommenden Woche hoffen zu können. Die energischen Maßnahmen, die die Reichsregierung durch Entsendung von starken Truppenaufgeboten eingeleitet hat, haben im Spartakus-Lager die Aussichten auf erfolgreichen Widerstand erheblich herabgesetzt, da ihnen auch jeder Zustrom von außen her abgeschnitten ist. Der Widerstand, den die von den spartakistischen Truppen in Verteidigungszustand gesetzten Zentren der Bewegung vielleicht noch leisten, wird nach Ansicht des Ministers in kürzester Frist gebrochen werden, so daß die Regierung glaubt, auch mit der Waffenabgabe Ende der kommenden Woche rechnen zu können.

Was die Haltung der Regierung zu Braunschweig anlangt, so wird man nach der nun erfolgten Einigung zwischen Mehrheitssozialisten und Unabhängigen zunächst abwarten, inwieweit die Lage in Braunschweig dadurch eine Konsolidierung erfährt. Zu der Kriegserklärung Gothas wurde mir erklärt, wenn die unabhängigen Führer in Gotha fortfahren, in dieser Weise gegen die Regierung zu arbeiten, so dürften sie sich nicht wundern, wenn eines Tages gegen sie eingeschritten werde. Die Entsendung von Truppen nach Gotha verfolge lediglich militärische Ziele. Das Bataillon 95, das dort garnisoniert ist, sollte nach Koburg verlegt werden. Das Bataillon weigerte sich aber und die Regierungstruppen erhielten den Auftrag, die Durchführung der Anordnung zu erzwingen. An eine Bewaffnung der Arbeiter, die Gotha angedroht hat, ist nicht zu denken. Die Regierungstruppen werden so lange in Weimar bleiben, bis diese Stadt sich beruhigt hat.

Auf meine Frage, ob die Regierung angesichts der Vorgänge in München beabsichtige, Truppen zur Wiederherstellung der Ordnung nach dorthin zu entsenden, wurde mir geantwortet: Wir werden keinesfalls Regierungstruppen nach Bayern entsenden, da das Erscheinen landesfremder Truppen dort eine noch größere Verwirrung hervorrufen könnte. Wir hoffen, daß sich in Bayern genügend vernünftige Leute finden, die es der rechtmäßigen Regierung ermöglichen, selbst Ordnung zu schaffen.

In parlamentarischen Kreisen geglaubt, daß die Spartakiden für Anfang Frühjahr einen allgemeinen Streik der Landarbeiter in Aussicht genommen haben. Die Werbetätigkeit dafür hat bereits im Osten Deutschlands eingesetzt. Die Frühjahrsbestellung, die unter dem Mangel an geschulten Arbeitskräften ohnehin sehr leiden wird, wird dadurch noch mehr in Frage gestellt.

*

Belagerungszustand in Hanau

× **Hanau, 22. Februar.** Infolge der Ausschreitungen ist Hanau heute morgen von den Regierungstruppen besetzt worden. Bei Haussuchungen nach gestohlenen Lebensmitteln und Waffen wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Der Rote Soldatenbund wurde entwaffnet und seine Führer festgenommen. Ueber Hanau ist der Belagerungszustand verhängt worden. Die Bevölkerung begrüßt mit Freude den Einmarsch der Division Rumschöttel, die Hanau von der dreimonatigen Herrschaft der Spartakiden befreit hat. Es herrscht vollständige Ruhe. Die Haupträdelsführer wurden verhaftet.

*

Wiederherstellung der Ordnung in Eisenach

* **Eisenach, 22. Februar.** Der von spartakistischer Seite versuchte Generalstreik der Arbeiter wurde durch den kraftvollen Gegenstreik der gesamten Bürgerschaft unmöglich gemacht. Zusammen mit den besonnenen Arbeitern wurde die Umgestaltung des Arbeiterrates auf gesetzlicher Grundlage, die Auflösung der Wachekompagnie und die Waffenabgabe durchgeführt.

Die Streikbewegung in England

× **London, 22. Februar.** Die Bergarbeiter der verschiedenen Distrikte haben sich nach einer Reuter-Meldung den bisherigen Meldungen zufolge mit überwältigender Mehrheit für den Streik ausgesprochen.

Lloyd George erklärte, daß die Regierung augenblicklich für die Bergwerke verantwortlich sei. Wenn es zu einem Konflikt käme, würde es nicht wie früher ein Streit zwischen Bergwerksbesitzern und Bergwerksarbeitern, sondern zwischen einer Industrie und dem gesamten Staate sein. Im Hinblick auf die geringen Kohlenvorräte würde es bald zu einem vollständigen Stillstand der Industrie kommen. Es sei sicher, daß die Arbeiterklasse in allen Ländern den Völkerbund unterstütze, weil er Streitigkeiten durch Verhandlungen und nicht durch Gewalt schlichten wolle. Zunächst müsse ein Tribunal errichtet werden, um die Tatsachen zu untersuchen. Dieses Tribunal müsse das Vertrauen der Bergarbeiter und des gesamten Landes besitzen.

Selbstbestimmungsrecht für Elsaß-Lothringen

Die Pressevereinigung bei der Nationalversammlung in Weimar hat folgende Kundgebung für das Selbstbestimmungsrecht der Elsaß-Lothringer beschlossen:

„Wir verlangen feierlichst, daß den Elsaß-Lothringern das von der gesamten Welt als Grundgesetz der künftigen Völkergemeinschaft anerkannte Selbstbestimmungsrecht nicht versagt werde. Mit der ganzen deutschen Presse treten wir dafür ein, daß die Bevölkerung Elsaß-Lothringens in vollkommen freier Abstimmung den endgültigen Beschluß über ihre staatliche Zukunft fassen kann. Wir erheben unsre Stimme dafür, daß die freie Entscheidung des elsaß-lothringischen Volkes für alle Nationen maßgebend sein muß."

*

Hierzu schreibt uns unser G.-Mitarbeiter in Weimar:

Ueber dem Programm, das der Welt den Frieden nach vier opferreichen Jahren wiedergeben soll, steht als Leitgedanke ein einziges Wort: Selbstbestimmung. Was bedeutet es? Es bedeutet die Anerkennung des ethischen Grundsatzes, daß Völker keine Ware sind, die beliebig ihren Besitzer wechseln kann. Es bedeutet politisch, daß jedes Volk frei nach seinem eigenen Willen über seine staatliche Zukunft entscheiden müsse. Ein Friede, der die Gemeinschaft der Völker begründen soll, darf nicht den Keim zu neuen Kriegen in sich tragen. Er wird es nicht, wenn alle nationalen Gegensätze, die das Aufflammen des Weltbrandes begünstigten, die Lösung finden, die allein von allen Nationen als bindend anerkannt werden muß. Wilson hat diesen Weg vorgezeichnet: Jedes Volk soll in freier Abstimmung darüber befinden können, wie es seine staatliche Zukunft gestalten will, sei es in der Wahl politischer und wirtschaftlicher Gemeinschaft mit der Nation, nach der seine Sympathien und Interessen hinstreben, sei es in politischer Selbständigkeit.

Das Elsaß war deutsches Land, soweit die Geschichte denkt. Die Raubkriege rissen Teile von dem Mutterlande los, die Réunionen setzten das Werk fort. Als die Waffensiege der deutschen Stämme das Land 1871 wiedereroberten, nahmen sie wieder, was durch Gewalt vom deutschen Boden losgerissen worden war, und wenn heute selbst ein Wilson von einem „Unrecht" spricht, das Frankreich zugefügt worden sei und das wieder gutgemacht werden müsse, so kann es nur darin gesehen werden, daß der Sieger damals unterlassen hatte, das elsaß-lothringische Volk zu befragen, ob es zu den Stammesbrüdern zurückkehren wolle. Der Spruch des Volkes wäre nicht zweifelhaft gewesen.

Heute schickt sich Frankreich an, ein viel größeres Unrecht zu begehen: das Land, das der deutschen Herrschaft einen ungeahnten wirtschaftlichen Aufschwung verdankt, gewaltsam wieder von dem Reich zu trennen. Hätte die politische Erschließung Elsaß-Lothringens gleichen Schritt mit der wirtschaftlichen gehalten, so wäre es auch heute nicht zweifelhaft, wie das Volk in freier Abstimmung entscheiden würde. Es wäre nicht möglich gewesen, daß die Franzosen bei ihrem Einzug als „Befreier" von einem Joch, als das die deutsche Herrschaft durch eine Kette schwerer politischer Fehler empfunden wurde, von der breiten Masse begrüßt werden konnten. Drei kurze Monate genügten, um auch die Massen, die ihren „Befreiern" zujubelten, zu ernüchtern. Auch sie wägen jetzt sachlich und nüchtern Vor- und Nachteile einer neuen Fremdherrschaft ab. Und vor allem andern — sie erkennen die ungeheure Gefahr, die eine gewaltsame Angliederung des Landes, die dem Gerechtigkeitsempfinden des deutschen Volkes ins Gesicht schlüge, für den Völkerfrieden bedeuten würde. Das Vorgehen Frankreichs in dem besetzten Elsaß-Lothringen kennzeichnet besser, als Worte es vermöchten, daß die „Befreier" sich des deutschen Charakters des Landes bewußt sind. Ein systematischer Ausrottungskampf gegen alles Deutsche wird mit unerhörter Schärfe geführt, ein ausgeklügeltes Paßsystem bestimmt die Reihenfolge, nach der die Bewohner, selbst Alteingesessene, ihre Heimat verlassen müssen. Tausende sind über den Rhein gejagt worden. Tausende werden diesen Unglücklichen, die ihrer Habe und ihrer Existenz brutal beraubt wurden, noch folgen müssen, wenn nicht der Friede sie vor der Ausweisung bewahrt.

Dennoch wäre es ein Trugschluß, anzunehmen, daß die Gewaltherrschaft der französischen „Befreier" die Stimmung im Lande derart herumgeworfen hätte, daß Frankreich als Ergebnis einer Volksabstimmung ein Votum für Deutschland zu befürchten hätte. Die deutschen Teile erkennen heute schon die Gefahren, die ein Votum nach der einen oder andern Seite für eine nahe Zukunft in sich bergen könnte. Und auch die Franzosenlinge werden erkennen müssen, daß nur eine Lösung für alle Zeiten die Gewähr der Dauer in sich tragen kann: die den Revanchegedanken auslöschende Autonomie. In voller politischer Selbständigkeit könnte Elsaß-Lothringen, um das die beiden großen Rivalen so oft mit der Waffe kämpften, die Brücke zur Versöhnung des Westens mit dem Mittelblock schlagen. Die freie Entscheidung des elsaß-lothringischen Volkes, möge sie fallen, wie sie wolle, wird von allen Nationen als bindend anerkannt werden müssen. Deshalb fordern wir und mit uns die gesamte deutsche Presse für Elsaß-Lothringen das Grundrecht, das Tschechen, Slowaken und Polen gewährt wird und das zu fordern es begründeten Anspruch hat:

Selbstbestimmung für Elsaß-Lothringen

Zum Anschluß der Deutsch-Oesterreicher

G. Weimar, 22. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der deutsch-österreichische Staatssekretär des Aeußern, Bauer, wird Anfang dieser Woche in Weimar eintreffen, um mit der Reichsregierung persönlich Fühlung zu nehmen. Er wird auch in der Nationalversammlung über den Anschluß Deutsch-Oesterreichs sprechen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-1919022302/1